

Landtagsdirektion
Eingelangt am

12. NOV. 2020

647 120

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

Dringlichkeitsantrag

des FPÖ Landtagsklub bzw. der Abgeordneten
KO Markus Abwerzger, KO -Stv. Evelyn Achhorner, Alexander Gamper,
Patrick Haslwanger und Christofer Ranzmaier

LANDTAGSKLUB TIROL
Eduard-Wallnöfer-Platz 3
A-6020 Innsbruck

Tel: +43 512 5083082
Fax: +43 512 5083085
Email: landtagsklub@tirol.gv.at

www.fpoe.tirol

Abschaffung der Hacklerregelung muss verhindert werden

Der Tiroler Landtag wolle beschließen:

„Der Landtag bekennt sich zur Beibehaltung der sogenannte ‚Hacklerregelung‘, wonach Menschen abschlagsfrei in Pension gehen können, wenn diese mindestens 45 Beitragsjahre vorzuweisen haben. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, von sämtlichen Vorhaben, die auf eine Abschaffung der ‚Hacklerregelung‘ abzielen, Abstand zu nehmen.“

Begründung:

Wie zahlreichen Medienberichten am 21. Oktober dieses Jahres zu vernehmen war, plant die schwarz-grüne Bundesregierung offenbar die Abschaffung der sogenannten „Hacklerregelung“. Entsprechend dieser ist es seit 1. Jänner 2020 wieder möglich, ohne Abschläge in Pension zu gehen, wenn mindestens 45 Beitragsjahre vorliegen. In Anspruch nehmen können die Bestimmung ASVG-Versicherte, Bauern und Selbstständige, nicht jedoch Beamte. Pikanterweise wurde die Hacklerregelung erst kurz vor der Nationalratswahl 2019 mit den Stimmen von FPÖ, SPÖ, Grünen und auch der ÖVP beschlossen. Schon damals wurde seitens der Freiheitlichen befürchtet, dass es sich bei dem Abstimmungsverhalten der Volkspartei lediglich um ein leeres Lippenbekenntnis in Wahlkampfzeiten handeln könnte. Die traurige Bestätigung für diese Annahme erfolgt nun ein Jahr später.

Tatsache ist, dass die Abschaffung der Hacklerregelung all jene fleißigen Österreicher und Tiroler treffen würde, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben. Es bedarf nun in Tirol aller sozialpolitisch engagierten Kräfte, um die Bundesregierung doch noch zu einem Einlenken bewegen zu können. In diesem Zusammenhang ist gerade die Tiroler Sozialdemokratie gefragt, zumal sich diese auf Bundesebene erfreulicherweise ebenfalls bereits lautstark für eine Beibehaltung der Hacklerregelung eingesetzt hat. Die Dringlichkeit ergibt sich aus den konkreten Plänen Bundesregierung der schwarz-grünen Bundesregierung.

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten, Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport; Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales

Innsbruck, November 2020

(Handwritten signatures)